Ausführungsbestimmungen über die Ausscheidung von Schutzzonen bei Grund- und Quellwasserfassungen

vom 22. Dezember 1987¹

Der Regierungsrat des Kantons Obwalden,

gestützt auf Artikel 30 des Bundesgesetzes über den Schutz der Gewässer gegen Verunreinigung (GSchG) vom 8. Oktober 1971², Artikel 75 Ziffer 2 der Kantonsverfassung vom 19. Mai 1968³ sowie Artikel 24 Absatz 2 der Vollziehungsverordnung zum eidgenössischen Gewässerschutzgesetz vom 27. Februar 1976⁴,

beschliesst:

I. Allgemeine Bestimmungen

Art. 1 *Allgemeines*

¹ Um Grundwasserfassungen herum sind die notwendigen Schutzzonen zu errichten (Art. 30 Abs. 1 GSchG). Den Grundwasserfassungen gleichgestellt sind die Quellwasserfassungen (Art. 1 GSchG).

² Die Pflicht zur Errichtung von Schutzzonen besteht für alle öffentlichen sowie die dem öffentlichen Wohle dienenden privaten Grund- und Quellwasserfassungen, welche der Gewinnung von Trinkwasser dienen.

³ Den Eigentümern der Grundwasserfassungen obliegt es, die Grundlagen für die sachdienliche Abgrenzung der Schutzzonen zu beschaffen, die erforderlichen dinglichen Rechte zu erwerben und allfällige Entschädigungen für Nutzungsbeschränkungen auszurichten (Art. 30 Abs. 2 GSchG).

⁴ Massgebend ist die Wegleitung des Bundesamtes für Umweltschutz zur Ausscheidung von Gewässerschutzbereichen, Grundwasserschutzzonen und Grundwasserschutzarealen⁵, welche u.a. die Dimensionierungskriterien, das Vorgehen und die Nutzungsbeschränkungen regelt.

Art. 2 *Zweck der Schutzzonen*

Grundwasserschutzzonen bezwecken den gezielten Schutz von bestehenden Trinkwasserfassungen. Dabei sind die Folgen sowohl schleichender wie auch unfallbedingter Verunreinigungen zu berücksichtigen. Diese Zielsetzung erfordert eine nach den Regeln der Technik erstellte Fassung und Nutzungsbeschränkungen innerhalb der Schutzzonen.

II. Grundwasserschutzzone

Art. 3 *Schutzzonenausscheidung*

¹ Für das Festlegen einer Grundwasserschutzzone ist durch den Fassungseigentümer ein Schutzzonenplan und ein Schutzzonenreglement ausarbeiten zu lassen.

² Zu diesem Zweck sind unter Beizug von Hydrogeologen die erforderlichen Dimensionen der Schutzzone aufgrund der durch die Natur gegebenen Voraussetzungen zu ermitteln. Diese Arbeiten umfassen insbesondere die hydrogeologischen Erhebungen, hydraulische Berechnungen und die Abschätzung der Abbau- und Eliminationsbedingungen auf dem Sicker- und Fliessweg.

³ In der Folge sind innerhalb der Schutzzongrenzen ein Kataster der bestehenden Verunreinigungen sowie eine Liste der erforderlichen Nutzungsbeschränkungen und Schutzmassnahmen zu erstellen.

Art. 4   *Schutzzonenplan*

¹ Die Grundwasserschutzzone umfasst jenen Teil des Zuflussbereichs einer Fassung, in dem das genutzte Grundwasser am meisten gefährdet ist. Die Dimensionierung richtet sich nach den natürlich vorgegebenen hydrogeologischen Verhältnissen und andern Beurteilungsgrundlagen, wie Entnahmemenge, Bauart des Brunnens usw.

² Um gestaffelte Massnahmen zum Schutz einer Fassung anordnen zu können, wird die Schutzzone S unterteilt in:

Zone I,   Fassungsbereich,
Zone II,   engere Schutzzone,
Zone III,   weitere Schutzzone.

³ Die Beschränkungen für bestimmte Nutzungsarten und die Schutzmassnahmen für das Wasser nehmen in der Reihenfolge Zone I – Zone II – Zone III ab.

⁴ Die Schutzzone S ist als Grundlage in den Zonenplänen einzutragen und weist auf die die Grundnutzung überlagernde Schutzwirkung hin.

Art. 5   *Schutzzonenreglement*

Die hydrogeologischen und topographischen Verhältnisse, die Bedeutung des Grundwasservorkommens, die Bedeutung der zu schützenden Fassungen und die allgemeine Nutzung des Gebietes unterscheiden sich von Fall zu Fall. Es ist deshalb für jede Schutzzone ein auf die tatsächlichen Verhältnisse abgestimmtes Schutzzonenreglement in Anlehnung an die Wegleitung des Bundesamtes für Umweltschutz zu erlassen. Dieses enthält Vorschriften über Nutzungsbeschränkungen und Hinweise auf zulässige Nutzungen. Die Baureglemente der Gemeinden haben auf das Schutzzonenreglement hinzuweisen.

III. Verfahren

Art. 6   *Behörden und Zuständigkeiten*

¹ Die Einwohner- bzw. Bezirksgemeinden leiten das Verfahren zur Ausscheidung von Schutzzonen für die auf ihrem Gebiet sich befindlichen Grund- und Quellwasserfassungen in die Wege und lassen insbesondere die sachdienlichen Unterlagen durch die Fassungseigentümer beschaffen. Sie führen das Planauflageverfahren durch. Sie stimmen ihre Zonenpläne und Baureglemente auf die Schutzzonen bzw. das Schutzzonenreglement ab.

² Das Amt für Umweltschutz berät die Einwohner- bzw. Bezirksgemeinden in Sachfragen und erteilt sein Einverständnis zur öffentlichen Planaufgabe, sofern die Voraussetzungen erfüllt sind. Es ist zuständig für die Grundbuchanmeldung der Eigentumsbeschränkungen (Nutzungsbeschränkungen) als Anmerkungen.⁶

³ Das Justizdepartement erteilt sein Einverständnis für den Verzicht auf das Planaufgabeverfahren im Sinne von Art. 7 Abs. 2 dieser Ausführungsbestimmungen. Es führt die Aufsicht über das Verfahren.

⁴ Nach Abschluss des Auflageverfahrens behandelt der Regierungsrat allfällige Einsprachen und erlässt die Schutzzonen.

Art. 7 *Planauflageverfahren*

¹ In der Regel, namentlich bei grossen Schutzzonen und solchen, die sich auf zahlreiche Parzellen verschiedener Grundeigentümer erstrecken, ist ein öffentlich-rechtliches Planauflageverfahren durchzuführen. Dieses Verfahren richtet sich sinngemäss nach Art. 5 ff. der Vollziehungsverordnung zum Baugesetz⁷. Die Auflage der Schutzzonenunterlagen (Entwurf des Schutzzonenplans und des Schutzzonenreglements) ist von derjenigen Einwohner- bzw. Bezirksgemeinde durchzuführen, auf deren Gebiet sich die zukünftige Schutzzone befindet. Nach Ablauf der Auflagefrist leitet die Gemeinde die aufgelegten Schutzzonenunterlagen zusammen mit den allfälligen Einsprachen und der gemeinderätlichen Stellungnahme hiezu an den Regierungsrat weiter.

² Wenn es die Grundeigentumsverhältnisse innerhalb der Schutzzone gestatten, die notwendigen Nutzungsbeschränkungen zwischen Fassungs-eigentümer und den Eigentümern der durch die Schutzzone belasteten Grundstücke vertraglich zu regeln und im Grundbuch als öffentlich-rechtliche Eigentumsbeschränkung anzumerken, kann im Einverständnis mit dem Justizdepartement auf die öffentliche Auflage verzichtet werden.⁸

Art. 8 *Vorprüfung durch das Amt für Umweltschutz*

Die Schutzzonenunterlagen sind von der Einwohner- bzw. Bezirksgemeinde dem kantonalen Amt für Umweltschutz zur Vorprüfung vorzulegen und dürfen erst öffentlich aufgelegt werden, wenn das Amt sein Einverständnis hiezu erklärt hat.

Art. 8a⁹ *Grundbuchliche Behandlung*

Die sich aus den Schutzzonen ergebenden öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen (Nutzungsbeschränkungen) werden im Grundbuch bei den betroffenen Grundstücken gestützt auf Art. 38 der Gewässerschutzverordnung¹⁰ angemerkt.

IV. Schlussbestimmungen

Art. 9 *Dringlichkeiten*

¹ In erster Dringlichkeit sind alle der Trinkwassergewinnung dienenden Grundwasserfassungen mit Schutzzonen zu versehen. Bei Quellfassungen sind, nach Massgabe ihrer Bedeutung und ihrer Gefährdung, in zweiter Dringlichkeit ebenfalls Schutzzonen zu erlassen. Das Amt für Umweltschutz trifft nach Rücksprache mit den Gemeinden die Auswahl der zu schützenden Quellfassungen.

² Nötigenfalls setzt das Justizdepartement die Fristen fest, innert welchen die einzelnen Verfahrensschritte vorzunehmen sind.

Art. 10 *Inkrafttreten*

Diese Ausführungsbestimmungen treten ab 1. Januar 1988 in Kraft.

¹ LB XX, 134; geändert durch Nachtrag vom 5. Juni 1990, in Kraft seit 1. Juli 1990 (LB XXI, 80)

² AS 1972, 950

³ LB XIII, 1

⁴ LB XV, 328, und XVIII, 125

⁵ Wegleitung zur Ausscheidung von Gewässerschutzbereichen, Grundwasserschutz-zonen und Grundwasserschutzarealen vom Oktober 1977, teilrevidierte Auflage 1982

⁶ Geändert durch Nachtrag vom 5. Juni 1990

- ⁷ LB XIII, 364
- ⁸ Geändert durch Nachtrag vom 5. Juni 1990
- ⁹ Eingefügt durch Nachtrag vom 5. Juni 1990
- ¹⁰ LB XV, 328, und XVIII, 125